

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Hiltner)  
Fernsprecher: Amt Cäthor Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsliste Nr. 3164

## Wo bleibt der Achtstundentag für die Gemeindearbeiter?

Die harte Not der Zeit hat unsere stollegen fast aller Orten gedrängt, eine Forderung auf Lernerzulage nach der anderen zu stellen und selbst bei restloser Bewilligung hätte das Einkommen nicht Schritt halten können mit den notwendigsten Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Miete und sonstigen Bedarfsartikeln. Daß aber unsere Forderungen vielfach verkleppert, verzögert, abgestrichen wurden, brauchen wir hier nicht erst im einzelnen darlegen. Immerhin war der andauernde Kampf um die Erriingung der Lebensnotwendigkeiten nicht ganz erfolglos und es bleibt ein dauerndes Nubmesblatt der deutlichen Gewerkschaften, daß sie fortdauernd und unermüdet den Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen im Arbeiterbudget aufreihen, mag das Beginnen noch so hoffnungslos erscheinen. Wie läßt es wohl aus, wenn nicht unterstützt von der Organisation die Kräfte zusammengefaßt würden und mit allen nötigen zulässigen Mitteln die Vertretung der Arbeiter angestrebt würde! Bekänden sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ähnlich brüdermörderischem Streiten, wie etwa die politischen Arbeiterparteien, wahrlich, das Unglück und die Not der Massen wären nicht anders zu denken!

In bezug auf die Lohnforderungen sind wir also auf klarer Bahn, die wir unentwegt weiter beidreiten müssen. Alle Unorganisierten können jetzt härter denn je das Wirken unseres Verbandes klar erkennen. Sie sind wachgerüttelt, es gilt nur noch, ihnen ihre Organisationspflicht unausgesetzt zu Gemüte zu führen.

Schwieriger liegt es gegenwärtig mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung und des Achtstundentages. Während Unternehmer und Stadtgemeinden behaupten, jetzt, da es überall an Menschenträften fehle, könne man „in keinem Fall“ auf diese Forderungen eingehen, ist auch unter unseren eigenen stollegen noch so mancher, der sich durch diese Scheinargumente irreführen läßt und wohl gar glaubt, daß jetzt die „Achtstundentag mit hohem Zuschlag“ die einzige Rettung in der Not seien.

Wir sind ganz anderer Meinung und möchten an dieser Stelle wieder einmal die Aufmerksamkeit aller Ortsverwaltungen auf diesen wunden Punkt lenken.

Wenn es uns in den nächsten Herbst- und Wintermonaten nicht gelinnet, gleichzeitig dem Ueberstunden- und Ueberstunden-Umweien beizukommen und härtere Bewegungen für den Achtstundentag zu entfallen, so haben wir unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit nicht getan.

Es erübrigt sich heute, alle die Einzelheiten aufzuzählen, die eine kürzere Arbeitszeit in Friedenszeiten für den Arbeiter erforderlich machen. Wichtiger ist, daran zu erinnern, daß eine große Reihe von Argumenten infolge der Kriegsverhältnisse

hinzugekommen sind. Die Arbeitsanspannung ist nicht nur gewaltig gewachsen, sondern auch das Maß von Verantwortlichkeit, Umsicht, Fleiß, Geschick und Mühe fast für jeden einzelnen ist gestiegen.

Anfolge der leidigen Verkehrsverhältnisse in allen Großstädten ist ohnehin der effektive Arbeitstag um eine reichliche Stunde ausgedehnt! Das ist keine Uebertreibung, wie wir im einzelnen leicht nachweisen könnten. Denn die Fahrt zur Arbeit und von der Arbeit muß billigerweise und in gewissem Sinne für den Arbeiter als Arbeitszeit angesehen werden, wenn auch nicht für den Unternehmer. In drangvoller fürchterlicher Enge (oftmals „erkämpft“ man sich erst den Platz!), morgens wie abends, müssen täglich tausende unserer Kollegen von und zur Arbeit jagen. — ein Zustand, den man nicht bloß mit dem Worte „Kriegsnotwendigkeit“ abtun kann, sondern der sehr reale Schädigungen und Erschwernisse für fast jeden einzelnen in sich birgt.

Damit nicht genug: Die fürchterliche Lernerzulage brachte die weitere Ausdehnung der Frauenarbeit unserer Kollegen! Da muß der Mann wohl oder übel in dem ihm einst fremden, jetzt ad so vertrauten Küchenbetrieb mitbeissen! Er muß „anstehen“ oder seine Frau „abblöden“, wenn er auch nur die rationierten Waren haben will, ohne die niemand leben kann. So häßlich und sagt er sich ab und von Erholung und freier Zeit kann kaum noch die Rede sein.

Doch wir wollen das traurige Bild des Arbeiterdaseins in jetziger Zeit nicht in allen Einzelheiten hier ausmalen.

Die Tatsache kann von keiner Stadtverwaltung in Abrede gestellt werden, daß die Arbeitskräfte gewaltig stärker angezogen sind, wie in Friedenszeiten, und daß sich Krankheits- wie Unfallziffern erschreckend mehren.

Es ist unsere Pflicht, den Kollegen zuzurufen: Sucht einen Ausweg! Laßt euch nicht verführen auf die Zeit nach dem Kriege! In der Arbeitsmarkt erst einmal wieder überfüllt, wer weiß, ob das „Verständnis“ der Stadtverwaltungen so lange vorhält!

Wir konnten vor einiger Zeit eine recht treffende Meinung Hindenburgs wiedergeben, der sich entschieden für kürzere Arbeitszeit und Achtstundentag aussprach. Mit den oftmals vorgeschobenen „Kriegsnotwendigkeiten“ soll man uns also nicht dauernd kommen.

Und auch der Rufestift käme nicht nur den Arbeitern, sondern auch der geleisteten Arbeit zuante! Denn die alte Erfahrung: fast jede Verkürzung der Arbeitszeit läßt sich technisch umgestalten in Vereinfachung und Verbesserung des Arbeitsprozesses, ist nicht zu widerlegen.

Die abgeheften, ungenügend ernährten, stark angezogenen Arbeiter bedürfen härterer Entspannung. Diese kann ihnen durch den Achtstundentag kommen.

Unsere Kollegen in den Berliner Revierinspektionen und an einzelnen anderen Orten haben mit gutem Erfolg den Anfang gemacht. Es ist notwendig, daß auch in den Gasanstalten, wo längst der Achtstundentag eingeführt sein sollte, jetzt endlich das Eis gebrochen wird!

Aber auch die übrigen Gemeinde- und Staatsbetriebe könnten jetzt endlich ernst machen mit ihren sozialpolitischen Aufgaben. Man fängt zuerst bei sich selber an, will man anderen ein Vorbild sein und daß ist doch (laut zahlreichen Oberbürgermeisterreden usw.) Aufgabe und Absicht der gemeindlichen Sozialpolitik!

Bedenkt man ferner, daß wohl über ein Drittel aller in Gemeindebetrieben Tätigen zurzeit Frauen sind, die in der Regel noch ihren Familienpflichten für Mann und Kinder in der freien Zeit nachkommen müssen, so ergibt sich hier eine Aufgabe, die nicht hinausgeschoben werden darf, sondern die alle Kräfte, die von Kulturfortschritt, von neuer und neuer Erkenntnis reden, auch verpflichtet, zu handeln.

Stärkere Hoffnung setzen wir freilich auf die Mäßigkeit unserer Kollegen und Kolleginnen. Lassen sie sich weiter durch Ueberstunden und geduldiges Hinnehmen des bisherigen Arbeitstages einfließen, so bleibt alles beim alten, nur die Kranken- und Unfallziffer steigt weiter!

Regen sich aber unsere Kollegen und Kolleginnen in den nächsten Wochen und Monaten, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

## Reaktionäre Wohnungspolitik.

In einer vor kurzem erschienenen Broschüre „Die Wohnungsversorgung nach dem Kriege“ (Alfred Inger, Berlin) nimmt der bekannte Führer des Terraingewerbes, Komm. rztientrat Georg Haberland Berlin, zu der Frage der Gestaltung der Wohnungsversorgung nach dem Kriege Stellung. Die Schrift befaßt sich in der Hauptsache mit Groß-Berliner Wohnungsverhältnissen. Es erscheint bemerkenswert, daß namentlich auch von dieser Seite die von anderen Vertretern derselben Richtung bislang öfters bestrittene Tatsache anerkannt wird, daß Groß-Berlin vor einer erheblichen Knappheit nicht nur an kleinen, sondern auch an mittleren und größeren Wohnungen steht. Den Bedarf an Wohnungen schätzt der Verfasser für das erste Friedensjahr auf etwa 60 000 und auf etwa 50 000 für das zweite. Mit Recht spricht er sich gegen die Vorkämpfer der Abstellung des Wohnungsnotstands durch Behelfsbauten als durchaus unwirtschaftlich aus und fordert die Inangriffnahme von dauernden Neubauten. Mit den Vertretern der Wohnungsreform bequemt er sich in der Forderung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln, um die durch die ungeheuer geringen Bau- und Bauwirtschaftskosten bedingte ungemessene Erhöhung der Mieten hinhaltig zu halten. Im übrigen aber stellen sich die Haberlandischen Ausführungen und Vorkämpfer als reaktionär dar. Sie laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß in den das Groß-Berliner Wohnungs- und Siedlungsweisen bestimmenden Faktoren irgendwelche wesentlichen Veränderungen nicht vorgenommen werden sollen; die Landbesitzfrage, die Kapitalbeschaffung, die Rentabilität und der Dankschuld zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs nach dem Kriege sollen einfach in den alten privalkapitalistischen Bahnen weitergeführt und nur durch die eben erwähnte Hebernahme der Aufstockungsüberzeugung aus öffentlichen Kassen und sonst noch in dieser oder jener Weise unterstützt werden. Es ist, als ob all die zahllosen Feststellungen der teilweise sachlichen Zustände, die sich unter dem bisherigen Einfluß der Befriedigung des Groß-Berliner Wohnungsbedarfs entwickelt haben, und der immer wiederholte Nachweis des Mangels der bisher bestimmenden Faktoren spurlos an dem Verfasser vorbeigegangen wären, denn an wirklichen Reformen oder etwaigen neuen Schritten ist nichts. Außer diesem allgemeinen Vorwurf gegen die Schrift, fehlt es aber auch nicht an besonderen Anmerkungen; insbesondere muß dagegen von vornherein auf das entscheidende Bedenken hingewiesen werden, daß der Verfasser für den alten Hausbau mit Hilfe keineswegs einwandfreier Rechnungen den vollen Betrag der außerordentlich hohen Mietsteigerung in Anspruch nimmt, der sich bei unabhänderem Ablauf der Dinge auch für die beteiligten Häuser aus der gewaltigen Steigerung der Neubauten ergibt. Ebenso ist entschieden zu bekämpfen, daß Herr Haberland sich gegen die Absichten der behördlichen Instanzen wendet, durch eine Herabsetzung der geltenden Bauordnungen; das

Groß-Berliner Wohn- und Siedlungsweisen grundsätzlich auf neue bessere Grundlagen zu stellen. Der Verfasser greift u. a. grundsätzlich und praktisch völlig fehl, wenn er der öffentlichen Gewalt zumutet, vor den Auswirkungen und Gefahren des Terraingewerbes halt zu machen, selbst wenn dadurch die Allgemeinheit den empfindlichsten Schaden erleidet, und wenn er weiter den Terrainbesitzern eine dauernde Zurückhaltung ihres Landes diesen behördlichen Absichten gegenüber als möglich hinstellt.

All diesen reaktionären Vorschlägen gegenüber ist mit allem Nachdruck daran festzuhalten, daß es sich für Groß-Berlin nicht nur darum handelt, daß überhaupt eine genügende Zahl neuer Wohnungen gebaut wird, sondern ebensosehr auch darum, daß das ganze Groß-Berliner Wohnungsweisen grundsätzlich auf neue bessere Grundlagen gestellt wird. Es darf nicht einfach nach der Unterbrechung durch den Krieg der alte Faden weitergesponnen werden, sondern es müssen die fortgeschrittenen Anschauungen und Erkenntnisse auf dem Gebiete des Wohnungswezens auch für Groß-Berlin endlich volle Berücksichtigung finden. Insbesondere müssen unter allen Umständen eine starke Auflockerung der Bauweise und eine kräftige Dezentralisation Platz greifen und ein viel stärkerer Wiederanschluß der Bevölkerung an den Boden und die Natur herbeigeführt werden. Dazu wird es freilich in weitem Umfang neuer Kräfte und neuer Organe bedürfen, und die alten Kräfte, die keineswegs ausgeschaltet werden müssen, müssen den neuen Bedürfnissen und Verhältnissen angepaßt werden. Wesentliche und halböffentliche Organe sind auf gemeinsinniger Grundlage zu entwickeln weit größerer Wirksamkeit als bisher im Groß-Berliner Wohnungsweisen berufen. Außerdem werden von allen Seiten erhebliche Opfer gebracht werden müssen — nicht zuletzt gerade auch von diesem Gebiet bisher beherrschenden großen kapitalistischen Interessen, und eine wirklich erprobte Wohnungspolitik wird vor der Herbeiführung solcher Opfer nicht zurückzucken dürfen.

## Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 5. September 1918.

Während im Juli noch unsere Offensive bis zur Eroberung von Paris und Amiens führte, hat sich im August das Schlachtenglück erheblich zugunsten der Entente gewendet. Die Gegenoffensive Hochs führte zunächst zu Teilerfolgen, die sich aber im Laufe des August auf die ganze mittlere Westfront von Arras bis Reims ausdehnten und seit 2. September auch auf die Nordfront übergriffen. Die Linie Douai-Péronne-Ham-Soissons gibt etwa die gegenwärtige Front an. Die vorwärtigenden Ragen unserer Frühjahrsoffensive sind also so ziemlich wieder angegeben. Ob der Rückzug noch weiter bis zur Hindenburg- oder Siegfriedstellung erfolgt, weiß niemand; in keinem Fall liegt Anlaß zur Beunruhigung vor, denn noch immer gilt das Wort: „Durch kommen sie nicht!“ Da es sich aber ausschließlich um besetztes Gebiet handelt, so ist auch militär-technisch mit diesem Rückzug einzuweisen noch nichts entschieden. Das gleiche die besonnene neutrale, wie zum Teil sogar die ententeische Presse zu.

Andererseits sieht es freilich bei unseren unentwegten Eroberungspolitikern, den Alldeutschen, aus. Ihnen sind sozusagen die Kelle ausgehoben und ihr mörderisches Geschrei auf unbegrenzte Annehmungen ist verstummt; statt dessen sorgen sie für allerlei „Gerüchte“, die nur dazu angetan sind, unnötige Beunruhigung hervorzurufen.

Die erneuten Entwürfen des Kronprinzen, daß wir nach wie vor nur einen Verteidigungskrieg führen und gewinnen haben, wenn uns diese Verteidigung gelingt, sind allgemein mit Befriedigung aufgenommen worden. Sie hätten freilich zur Zeit, da die Alldeutschen „ganz Belgien“ unbedingte haben mühten, noch stärker gewirkt; nach innen wie nach außen. Nächstes liegt es mit den vorzüglichen Reden Dr. Solfs und anderer. Unsere Regierung hat die großmündigen Alldeckerer so lange schreien lassen, daß man sich eigentlich nicht wundern darf, wenn jetzt der größte Pessimismus bei manchem Platz greift. Es ist das Wesen des Hetzkrägers, daß er schnell ins Manesloch kriegt, wenn wirklich gefährlich zu werden droht. Die deutsche Sozialdemokratie hat in guten wie bösen Kriegstagen für den Verstandigen Frieden gewirkt. Deswegen erlebt sie jetzt auch nicht die furchtbare Enttäuschung jener, die, vbraunmühsam, England und Amerika in die Platte bauen wollten. Insofern kann man sogar trotz der jetzigen Kriegslage einige Hoffnung auf Friedensmöglich-

Lichtseiten gewinnen, als im Moment die ärgsten Dunkelheitsjahre bei uns verstrichen sind.

Besser als „Mundgebungen“ zur Veruhigung, wie sie kürzlich durch Hindenburg erfolgt sind, wäre freilich die endliche Gewährung des freien Wahlrechts in Preußen, wäre eine vernünftige Ernährungspolitik, die den Großagrariern und Händlern nicht länger unbegrenzte Ausbeutungsmöglichkeiten sichert, sondern den Millionen darbender Volksgenossen Rechnung trägt. Solange diese Fragen in „ewiger Schweb.“ gelassen werden, darf man sich gar nicht wundern, daß die „Kriegsenerosität“ um sich greift.

Die Vorgänge in Rußland gewinnen mit jedem Tage an Unicherheit. Nachdem das Attentat auf Lenin und Uribky (30. 8. 18) teilweisen Erfolg hatte (letzterer ist tot, Lenin schwer verwundet, sind neue Verschwörungen aufgedeckt, deren Urheber in der englischen und französischen Gesandtschaft zu suchen sind, wie von der Petersburger Bolschewikregierung nachgewiesen wurde. Fast scheint es, als wollte die Entente unter allen Umständen die jetzige russische Regierung stürzen, um eine neue Diktatur wider Deutschland aufzurichten zu können. Daß dies in wenig Zeit gelingen könnte, erscheint ausgeschlossen; wenn aber das zersetzende blutige Ringen noch monatelang dauern sollte, ist allerlei möglich. Deshalb ist es an der Zeit für die Regierung und die bürgerlichen Parteien, zur Besinnung zu kommen und auch politisch alles zu tun, was zum Verständigungsfrieden dienen könnte. Dazu gehört auch das freie Wahlrecht in Preußen! Gewiß, wir lassen uns nicht darin reden in unsere innere Politik von der Entente. Das wollen auch die Sozialdemokraten nicht! Aber die Volkstimmung in Deutschland fordert, daß endlich das Königsbergsprechen eingelöst werde, daß der Wille zum Verteidigungskampf in Front und Heimat Sinn und Zweck klar erkennen lasse. Hier sind die stärksten Wurzeln unserer Kraft! Es gibt keinen anderen Weg, um erfolgreich gegen den „Defaitismus“ (zu deutsch: Riesmacherei) zu ziehen, als Gewährung des freien Wahlrechts in Preußen, gerechtere Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel durch verstärkte Zwangsrationierung und kräftigeres Zugreifen beim Erzeuger!

Der Kriegsmucher, verstärkt durch den berufsmäßigen Schleichhandel, hat sich zu ungeheurerlicher Wüte entfaltet. Würde man, anstatt bei dem einzelnen Monumenten rabiat vorzugehen, beim Erzeuger und Kriegsgewinnler kräftiger zuzupacken, wäre alles eher zu ertragen! Statt dessen schreien die Dividendenkrösche: „Galtet den Dieb!“ und wetzen gegen die „hohen Löhne“ der Arbeiter. Wo aber sind die Arbeiter und Angestellten, die nur entfernt eine Lebenshaltung aufweisen wie vor dem Kriege? Insbesondere unsere Kollegen in Gemeindebetrieben kommen trotz aller Feuerungszulagen aus Not und Sorge nicht heraus, weil sie mit all ihren Scheinen den nötigen Bedarf bei weitem nicht decken können.

Diesen Bericht vom „inneren Kriegsschauplatz“ hier einmal festzuhalten, erscheint uns Chronistenpflicht!

Notizen für Gasarbeiter

Frankfurt a. M. Am 29. August, nachmittags 3 Uhr, fand im großen Partierrestaurant des Gewerkschaftshauses eine Betriebsversammlung der drei Gaswerke statt. Die Versammlung war stark besucht. Kein Wunder, denn es wurde Bericht erstattet über den Bescheid der Direktion der Frankfurter Gasgesellschaft auf die Forderung der Gasarbeiter: Zahlung einer einmaligen Feuerungszulage. Kollege Uhdde, der die erste Verhandlung mit der Direktion führte, erstattete den Bericht. Das Resultat war nicht befriedigend; denn die Direktion der Gasanstalt hatte keine bindende Zusage gegeben. Ein Sturm der Entrüstung durchdröble den dichtgefüllten Versammlungsraum, als dieses Resultat bekannt wurde. Dementsprechend setzte nach dem Bericht auch eine scharfe Diskussion ein, in welcher die Direktion einer Kritik unterzogen wurde, die man nicht als zart bezeichnen kann. Die Forderung einer einmaligen Feuerungszulage von 100 bis 200 Mark fand bei der Abstimmung einstimmige Annahme. Zum Schluß wurde eine Kommission von der Versammlung beauftragt, gemeinsam mit dem Gauleiter Uhdde bei der Direktion vorstellig zu werden und sich im übrigen stütze an den Bescheid der Gasarbeiter zu halten.

Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1918.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes sub-sections for 'Einnahme' (Einnahme) and 'Ausgabe' (Ausgabe) with various line items and their corresponding monetary values in Reichsmark (RM).

Summary table showing 'Einnahme inkl. Bestand' (304 967,70 RM) and 'Ausgabe' (204 151,32 RM), resulting in a 'Reicht Bestand' (100 816,38 RM).

Berlin, den 7. September 1918. G. K h m a n n, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden Die Revisoren: Friedrich Berfölk, Bruno Otto.

Zusammenstellung der Gesamteinnahme und -ausgabe des Verbandes im 2. Quartal 1918.

Table for 'Einnahme' (Einnahme) showing 'Einnahme der Filialen' (718 463,65 RM) and 'Einnahme der Hauptkasse' (304 967,70 RM), totaling 1 023 431,35 RM.

Table for 'Ausgabe' (Ausgabe) showing 'Ausgabe der Filialen' (289 920,65 RM) and 'Ausgabe der Hauptkasse' (204 151,32 RM), totaling 494 071,97 RM.

Summary table for 'Gesamteinnahme' (1 023 431,35 RM) and 'Gesamtausgabe' (494 071,97 RM), resulting in a 'Gesamtvermögen' (529 359,38 RM).

# Einnahmen und Ausgaben der

Kaufende Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder					Einnahmen										
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	nicht	besser	Bestand bei der letzten Rechnung	Eintrittsgelder für Mitglieder		Wochenbeiträge für Mitglieder					Ergänzungen	Sonstige Einnahmen	Rücklagen der Vorjahre	Summe der Einnahmen
							mannl.	weibl.	à 70 Pf.	à 60 Pf.	à 40 Pf.	à 35 Pf.	sonstige				
1	Berlin	630	663	28	—	22054 97	162 50	136 76	28613 90	8886 20	6737 20	1721 25	446 30	11917 30	3366 40	—	11296 57
2	Brandenb. Vomm.	133	154	—	21	4823 53	2 —	—	1887 90	1253 90	282 40	167 65	—	311 60	43 91	42 19	8862 01
3	Bremen	1428	1407	21	—	9843 61	30 50	6 75	7519 40	—	1132 40	—	28 65	767 60	158 70	—	19487 64
4	Breslau	2476	2393	83	—	7662 67	15 50	62 —	7000 70	478 60	7999 20	339 60	21 40	3230 60	1537 45	—	26568 92
5	Tredden	1933	1937	16	—	27557 08	38 —	15 —	11512 90	1564 80	1123 20	76 65	156 50	3309 90	162 22	191 97	45898 22
6	Tüfelldorf	1580	1586	—	15	8988 29	58 —	10 —	8411 90	593 20	791 20	89 95	10 60	654 —	32 62	—	16709 76
7	Franfurt a. M.	2718	2797	121	—	13072 22	87 —	24 —	14088 20	1082 30	1674 80	27 65	92 —	1988 05	4 75	150 —	31960 97
8	Hannover	4298	4069	199	—	164851 03	89 —	58 70	25784 50	961 —	3116 —	52 15	154 55	18964 95	2071 07	—	216430 75
9	Königsberg i. Pr.	829	790	39	—	6149 86	28 —	8 75	3811 10	1178 30	684 —	45 50	29 40	262 10	6 69	—	12539 70
10	Leipzig	542	558	—	16	3250 89	26 —	4 50	2546 60	1363 80	174 —	3 50	24 80	719 40	15 74	—	8129 04
11	Lübeck	1438	1429	69	—	11989 37	50 —	—	10979 50	517 80	488 —	8 40	53 50	965 45	26 50	—	24081 02
12	Magdeburg	942	920	22	—	6244 91	28 50	5 60	4387 40	2685 90	374 —	4 55	61 20	411 85	—	15 98 68	13310 61
13	Mannheim	2049	1872	177	—	10064 23	81 —	28 25	10885 40	1792 80	1385 20	160 30	81 05	1460 25	2 80	221 15	26134 73
14	München	3584	3628	—	44	28612 10	27 50	34 50	14403 20	3463 80	5499 20	847 —	385 —	3162 05	331 50	—	57065 85
15	Nürnberg	1601	1610	91	—	13986 63	28 50	13 25	9392 60	1415 20	1065 60	—	157 80	1416 10	220 40	—	27895 48
16	Stuttgart	769	857	52	—	7761 84	59 50	1 75	4321 10	183 —	256 80	—	47 95	482 45	106 03	—	12210 42
17	Stuttgart	1702	1620	82	—	17073 68	43 —	9 —	9996 —	1615 40	1041 60	68 50	132 55	1499 60	562 30	3 45	32943 08
18	Einzelmitglieder	96	94	2	—	—	2 50	1 —	76 30	140 30	183 60	20 30	—	—	5 77	—	429 77
<b>Summe</b>		<b>36358</b>	<b>35193</b>	<b>1261 96</b>	<b>—</b>	<b>401293 68</b>	<b>920 —</b>	<b>427 —</b>	<b>183077 30</b>	<b>30281 90</b>	<b>34830 80</b>	<b>3654 65</b>	<b>2020 45</b>	<b>52067 75</b>	<b>8840 11</b>	<b>1050 01</b>	<b>718463 65</b>

Unter den Wochenbeiträgen befinden sich noch 1327 à 50 Pf. = 663,50 RM., 25 à 25 Pf. = 625 RM. und 559 à 15 Pf. = 8385 RM.

## Nachfolgend die zum Gau gehörenden Filialen nebst

Die in Klammern beigefügten Zahlen sind

<b>Gau Berlin.</b> Grenz Berlin (602) 602	<b>Gau Brandenb. Vomm.</b> Brandenburg (40) 37 Cöpenick (71) 73 Cottbus (31) 28 Frankfurt a. S. (5) 6 Küstrinwalde (13) 13 Wesembald (1) 1 Süden (46) 46 Koblenz (32) 32 Landshagen (27) 27 Kudenwalde (42) 43 Koselitz (19) 10 Erdmann (4) 5 Stettin (172) 169	<b>Gau Bremen.</b> Bremen (884) 909 Sternberghaven (48) 46 Flemling (67) 65 Mittlingen (137) 332	<b>Gau Breslau.</b> Breslau (2259) 2320 Landeshut (27) 28 Siegwitz (116) 128	<b>Gau Dresden.</b> Annaberg (12) 14 Bautzen (5) 5 Chemnitz (42) 446 Zschornitz (29) 26 Tressden (1170) 1137 Arnsberg (65) 69 Görlitz (40) 42 Wroglitz (19) 19 Rammitz (1) 1 Zehna (1) 1	<b>Gau Tüfelldorf.</b> Walden (7) 7 Sarmen (196) 211 Böhm (2) 2 Vomm (133) 131 Geln (35) 335 Gretsch (10) 10 Tschornitz (49) 53 Tuisburg (116) 131 Tüfelldorf (103) 170 Gibitz (17) 162 Effen (118) 86 Nagen (45) 44	<b>Gau Frankfurt a. M.</b> Merlshorn (22) 25 Lilias (5) 3 Reinsheld (3) 3 Reinshorn (4) 4 Zöllingen (4) 3	<b>Gau Hamburg.</b> Hamburg (469) 428	<b>Gau Hannover.</b> Bielefeld (232) 232 Braunschweig (45) 45 Gassel (127) 132 Tetmold (9) 25 Göttingen (66) 65 Hannover (251) 278 Hildesheim (43) 43 Wünnen (7) 6	<b>Gau Königsberg.</b> Tanzig (71) 85 Görlitz (62) 54 Steinberg (693) 379 Remel (9) 9 Tiltz (23) 15	<b>Gau Leipzig.</b> Arnstadt (8) 8 Crimmitschau (29) 28 Erfurt (87) 89 Gera (49) 39 Oera (62) 62 Söltha (14) 41 Salle (154) 141 Jena (89) 93 Münchberg (23) 19 Langensalza (2) 2 Zeitz (628) 646 Zumbach (15) 13 Weerane (19) 18 Wühlbawen i. Th. (2) 1 Ramburg (9) 9 Flauen (107) 122 Feyersbach (11) 10 Reichenbach (24) 18 Reimar (17) 21 Reichenfels (20) 21
--	--	--	---	--	--	--	--	--	--	--

## Staatsarbeiter

Die Teuerungszulage der bayerischen Staatsarbeiter. Die in der Presse bereits diskutierte Höhe der Teuerungszulage interessiert nicht alle bayerischen Staatsarbeiter. Eine Gruppe ist aber dabei, der die Reichlässe der Justizministeriums besonders am Herzen liegen. Nämlich, den Salinenarbeitern. Während die übrigen Staatsarbeiter wenigstens immer die niederen Beträge der Staatsbeamten erhalten, sind es gerade die Salinenarbeiter, denen auch diese niederen Zuschüsse noch stark gekürzt wurden. Das traf bis jetzt besonders bei der einmaligen Teuerungszulage zu. Den Salinenarbeitern geht es dabei bei den bevorstehenden monatlichen Teuerungszulagen genau so, wie den genannten Minnern, die das Feuer überleben. Auch sie haben auf Grund der bisherigen Schätzungen die Erwartung, daß ihnen bei der neuen Zulage das gleiche passieren kann und passieren wird. Warum diesen Arbeitern eine solche freimütliche Behandlung zuzuschicken ist, den denkenden Arbeitern nicht recht begreiflich. Die Löhne, an denen sie zu haben haben, sind nicht minder teuer, als die anderen Städte. Man darf wohl nur die Namen Bad Reichenhall, Bad Reichenhagen und Rosenheim nennen, wo die fremden Arbeitsgewinnler ihre „sauer verdienten Großn“, die sie der Arbeitskraft herauspressen, verzehren, dabei bei ihren Hamstergängen wahnwitzige Preise für alle Arten von Lebensmitteln bezahlen. Da kann man also gewiß nicht sagen, daß die Lebensweise billiger wäre als an anderen Orten. Die Tatsachen sind offenkundig. Nur die oberste Behörde dieser Arbeiter weiß das nicht; sie erkennt die dort vor-

herrschende ernste Lage der Arbeiter nicht, befreit deren besonders traurige Lebenslage am allerwenigsten und hat anscheinend keine blasse Ahnung, wozu kümmerliches Leben diese Arbeiter zu führen haben. Sie unterliegt viel zu viel den Einflüssen der Herren in Rosenheim und Bad Reichenhall, die zwar selbst den höheren Betrag gern nehmen und den Arbeitern den niederen gar nicht einmal annehmen. Macht hier die oberste bayerische Staatsbehörde nicht gleich ganze Arbeit, insofern als die hgl. Justizministerium die Zulage in ihrer Höhe selbst bestimmt und bleibt die Entscheidung dieser Frage wirklich diesen unteren Instanzen überlassen, so kann nicht diese Arbeiter heute schon darauf rechnen, daß sie wiederum geschädigt werden. Während so ziemlich alle Staats- und Gemeindebehörden die Organisationen wenigstens schriftlich anerkennen, fällt es der Generaldirektion für Berg-, Hütten- und Salzwerke gar nicht ein, mit den Organisationen näher in schriftlicher Verkehr zu treten. Für sie bleiben anscheinend die Reichlässe des bayerischen Landtages nicht, sie kennt keine Volksvertretung, die gerade in dieser Sache bereits ein Wort mitzusprechen hat. Wenn nun eine der obersten Staatsbehörde untergeordnete Amtsstelle nicht der Zeit entsprechende Reichlässe fassen will, so wird es Aufgabe eben der höheren Behörde sein, die Forderung in die Hand zu nehmen. Öffentlich nehmen sich die Justizministerium der Sache an und machen ganze Arbeit, nach dem Grundsatz: Gilt Schick, halt, wo die Not am größten und die Hilfe am bedürftigsten ist, dann werden auch die bayerischen Salinenarbeiter endlich zu ihrem Rechte kommen.



§ 9. Die Zahlung der in diesen Ergänzungsbestimmungen vorgesehenen Renten findet rückwirkend ab 1. April 1918 statt.

Der Magistratsvertreter erklärte, daß bereits die Vorarbeiten zur Umänderung der Ruhegehaltsbestimmungen getroffen seien, und der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf der gewünschten Grundlage zugehen lassen wird.

### • Aus unierer Bewegung •

**Alzen.** Am 16. Juni d. J. unterbreitete die hiesige Filiale der Groß-Bürgermeisterei und dem Stadtverordnetenkollegium in einer eingehend begründeten Eingabe die Wünsche der städtischen Arbeiter um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Am 15. August entschied der Stadtrat darüber. Nicht alle gestellten Forderungen wurden erfüllt. Zugestanden wurde unter Verbehalten während des Krieges bereits gewährten Zulagen eine weitere Erhöhung des Grundlohnes um 40 Proz. Da die Friedenslöhne sich zwischen 35 und 40 Pf. pro Stunde bewegten, bringt die neue Regelung eine Erhöhung um 14 bzw. 16 Pf. Die Erhöhung wird rückwirkend ab 1. April 1918 bezahlt; die Nachzahlung erfolgt in drei Raten. Für Arbeitsleistungen an in die Woche fallenden Feiertagen wird ein Zuschlag von 100 Proz. bezahlt. Der geforderte Erhöhungsrücklage wird den Arbeitern nach zweijähriger Dienstzeit gewährt. Ferner erkennt die Stadtverwaltung den von der Arbeiterenschaft gewählten Arbeiterausschuß als Instanz zur Vertretung der Arbeiterinteressen an. Im ganzen genommen sind die Zugeständnisse der Stadtverwaltung anerkennenswert. Nicht befriedigen kann dagegen die bewilligte Lohn-erhöhung, weil inzwischen eine weitere gewaltige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsmittel eingetreten ist, welche einen höheren Verbrauch fordert, als die Arbeiter durch die zugestandene Erhöhung bekommen. Aufgabe der städtischen Arbeiter von Alzen ist es, sich rüchlos der Organisation anzuschließen, um durch diese zu gegebenen Zeit weitere Verbesserungen anzustreben.

**Barmen.** Im Laufe des letzten Sommers beantragten die Arbeiterausschüsse, den städtischen Arbeitern wieder den vollen Urlaub zu gewähren. Auf eine Umfrage bei den einzelnen Betrieben erklärte sich der Betriebsleiter vom Schlachthof und der Betriebsleiter vom Elektrizitätswerk in der Clausestraße wegen angeblichen Arbeitermangels gegen den vollen Urlaub. Daraufhin entschied die Verwaltung, daß es den einzelnen Betriebsleitern überlassen bleiben müsse, ob der Urlaub voll gewährt werden könne oder nicht. In allen Betrieben wird nun der volle Urlaub gewährt. Nur der Schlachthof und das Elektrizitätswerk machen eine rüchlos oder besser eine sehr unrichtige Ausnahme. Ganz besonders leidet sich aber der Betriebsleiter vom Elektrizitätswerk. Er gewährt „seinen“ Arbeitern nur den halben Urlaub, das heißt, soweit die Bezahlung hierfür in Frage kommt. Mehrere Arbeiter haben ihren vollen Urlaub wie in Friedenszeiten genommen, sie bekommen aber nur den halben Urlaub bezahlt. Man sollte meinen, daß in solchen Fällen von Arbeitermangel keine Rede sein kann. Wenn es der Betrieb gestattet, daß die Arbeiter die ihnen zustehenden Tage Urlaub erhalten können, dann gehört es sich, daß diese Tage auch bezahlt werden, wie das der Beschluß der Stadtverordneten vorsieht. Die meisten Arbeiter haben natürlich auf den vollen Urlaub verzichtet, weil sie den Lohnausfall fürchten. Es wird an den Kollegen sein, zu überlegen, ob es nicht richtiger ist, sich einmütig dem Verbandsanzuschließen, damit ihre Interessen besser vertreten werden können, als dies jetzt der Fall ist.

**Pomm.** Am 1. d. M. tagte im Lokale von Köber, Wilhelmstraße, eine stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter. Entzerrt war die Versammlung gemeinschaftlich von unserer Ortsgruppe und von der Ortsgruppe des deutschen Verbandes. Vom deutschen Verband sprach Becker-Möhl, von unserem Verband Heinrich Düsselsoff. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die versammelten städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter beantragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Zentralverband der Gemeindefürsorge und Strafenabnehmer, gemeinschaftlich mit den Arbeiterausschüssen der Stadtverwaltung eine Eingabe zu unterbreiten, in welcher eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Tag für alle städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter gefordert wird. Des weiteren werden die Verbände und die Arbeiterausschüsse ersucht, darauf hinzuwirken, daß den städtischen Arbeiterinnen und Arbeitern Verordnungen seitens der Verwaltung zu angemessenen Preisen verabsolgt werden.“ — In seinem Schlußwort mahnte Kollege D e i n i c h die Versammelten, sorgfältig für den weiteren Ausbau der Organisationen tätig zu sein, damit auch die städtischen Arbeiter in Pomm. als ein brauchbares Glied in der großen Kette der deutschen Arbeiterbewegung angesehen werden können. An den Kollegen ist es nun, das in der Versammlung Gehörte in die Tat umzusetzen.

**Vielefeld.** Unsere Kollegen haben dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Anträge auf anderweitige Regelung bzw. Erhöhung der Löhne und Kriegszulagen unterbreitet. Die bisherige Feuerungszulage soll in den selten Vorkommen eingerechnet werden. Als Zuschlag wird eine 10. bis 20prozentige Erhöhung gefordert. Die monatlichen Familien- und Kinderzulagen sollen in vierwöchige (die Dauer der Vorkriegszeit) umgewandelt werden.

Ferner wird beantragt, bei unbefristeten Arbeitsverhältnissen die Familien- und Kinderzulagen voll zu gewähren. — Die unvermindert anhaltende Steigerung der Kosten für die gesamte Lebenshaltung wird zur Begründung der Forderungen angeführt. Die formalen Änderungen werden der Heberfälligkeit wegen und der einfacheren Lohnberechnung wegen gefordert. — Von den städtischen Körperschaften wird baldige Zustimmung erwartet.

**Zimenau.** Um den Mitgliedern in dem entlegenen Langenwiese Gelegenheit zu bieten, die Mitgliederversammlung beizubringen zu können, war diese für Sonntag, den 1. September, nach dort einberufen worden. Mehrere Mitglieder von Zimenau nahmen an der Versammlung teil. Sie war auch gut besucht. Nach Entgegennahme des Kartellberichts sprach Kollege G e p p e r t über die Wichtigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter in ihren Berufsorganisationen. Unter dem Hinweis, daß das Kapital während des Krieges mächtig erstarkt sei, trotzdem in der Unternehmensehre fortwährend auf den Abbau der angeblich zu hohen Arbeitslöhne gedrängt werde, daß auch die Stadtverwaltungen überall dort, wo die Arbeiter nicht den Schutz der Organisation genießen, etwa gewählte Lohnzulagen oder sonstige Vergünstigungen zurückziehen Veranlassung nehmen werden, sei es die dringendste Notwendigkeit, alles daran zu setzen, Aufklärung in die Reihen der uns noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu tragen. Während der schweren Kriegszeit sind zwar für den Arbeiter durch die Organisation Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis erzielt worden, die nun aber auch weiter zu erhalten und auszubilden, Aufgabe der Arbeiter und der Organisation sein muß. Auch in dem schönen Zimenau wird es den Arbeitern nicht leicht gemacht (zumal denen, die sich infolge der ungünstigen Entlohnung in Privatbetrieben Beschäftigung suchten), sich durchzusetzen, es wäre damit schon der Anlaß gegeben, mehr denn je im Interesse der Organisation zu wirken, — um, wenn sich die Stadtverwaltung und der Herr Gosselwalle nicht mehr auf die Arbeit der Gewerkschaften stützen können, gestärkt zu sein.

**Regensburg.** Weder die Lage der städtischen Arbeiter sprach am 30. August Gauweiler Beagl-München vor einer gutbesuchten Versammlung der Stadtarbeiter. Der Medner begründete eine weitere Eingabe und gab in seinen Ausführungen ein Bild über die immer unerträglicher werdenden Feuerungsverhältnisse. Er legte klar, daß die bis jetzt zugewilligten Feuerungszulagen gegen die steigende Verteuerung des Lebensunterhaltes keinen Ausgleich schaffen, und die Stadt Regensburg in der Gewährung von Feuerungszulagen an ihre Arbeiter ihre Pflicht noch nicht erfüllt habe. Die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung an Orte seien durchaus nicht günstiger als in anderen bayerischen Städten, die ihren Arbeitern bedeutend höhere Feuerungszulagen geben. Beagl kam zu dem Schluß, daß es ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit sei, daß auch die Regensburger Stadtverwaltung dem Beispiele anderer Städte folge, die in letzter Zeit eine Erhöhung der Feuerungszulagen vorgenommen haben. Nachstehende Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: „Von der allg. meinen Feuerungsgewinnung, hält es die am 30. August in der Restauration zur Schließende tagende Versammlung der städtischen Arbeiter für ihre Pflicht, erneut vor aller Öffentlichkeit zu erklären, daß der Verdienst und Verbrauch bei den städtischen Arbeitern nicht mehr ausgeglichen werden kann. Weitere Opfer und Einschränkungen zu ertragen, ist zur Unmöglichkeit geworden, was neue, durchdringende Besserstellungen der Besätze müssen deshalb recht bald gewährt werden, sofern die Gesundheit der Arbeiter nicht ernstlich Gefahr laufen soll. Die Versammlung beauftragt den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Arbeiterausschüsse, gemeinsam und unverzüglich Verbesserungsanträge bei den städtischen Behörden einzubringen. Die zu fordernde Besserstellung soll täglich nicht unter 2 Mk. bei Arbeitern und 1,20 Mk. bei Arbeiterinnen ab 1. September 1918 betragen. Ferner soll die sofortige Auszahlung der zweiten Hälfte der am 1. Oktober fälligen einmaligen Feuerungszulage verlangt werden.“

**Straubing.** Die städtischen Arbeiter nahmen in einer am 31. August in der Restauration zur gelben Traube tagenden Versammlung zu ihren Wohnverhältnissen Stellung. Gauweiler Beagl-München begründete die Notwendigkeit auf weitere Erhöhung der Feuerungszulagen. Medner gab einen Überblick über die gegenwärtige teure Lebenshaltung. Die Preissteigerungen aller Art machen weitere Besserstellung unumgänglich notwendig. Nach kurzer Diskussion wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „In der Erkenntnis, daß im Laufe der letzten Monate, besonders aber der letzten Wochen, eine allgemeine, ganz rapide Preissteigerung der Lebenshaltung eingetreten ist, erklärt die am 31. August tagende Versammlung der städtischen Arbeiter, daß in ihren Reihen die Einnahmen und Ausgaben nicht mehr abgeglichen werden können. Ganz unmöglich sei es, weitere Opfer und Einschränkungen zu ertragen, die nicht auf Kosten der Gesundheit gehen würden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß ein Ausgleich nur durch eine weitere, möglichst schnelle und durchdringende Besserstellung ihres Einkommens erfolgen kann. Sie beauftragt daher den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, er wolle unverzüglich bei den städtischen Kollegen den Antrag auf Erhöhung der Feuerungszulage von 2 Mk. für Arbeiter und 1,20 Mk. für Arbeiterinnen pro Tag ab 1. September einbringen.“

## ◆ Aus den deutschen Gewerkschaften ◆

**Kritische Zeiten.** Die „Tachdederzig“ kennzeichnet die gegenwärtige Situation treffend folgendermaßen:

Die Gewerkschaften machen in diesen Wochen sehr trübe Zeiten durch. Nicht daß die Bewegung an sich nutzlos ist, sondern die ganze politische Lage, die Kriegsdauer, die innere haltlose Politik, das alles gibt den Gewerkschaften auf, harte Nüsse zu knaden. Es ist geradezu ein Jammer, mit wie wenig Verstand wir regiert werden, oft meint man, unsere herrschenden Kreise hätten es nur darauf abgesehen, die Arbeiterschaft gründlich übers Ohr zu hauen. Wenn man sich mitunter kühl überlegt, auf welche schwankenden Füßen heute alles steht, was mit inneren Reformen, Arbeiterwohlfahrt, überhaupt Neuorientierung zusammenhängt, dann kann man wirklich nutzlos werden und sich zweifelnd fragen, ob wir die Opfer nicht vergeblich bringen, ob nicht in bestimmten Regionen die Absicht besteht, uns nur zu Vorparadiseisten zu benützen.

Diese Zweifel werden noch unterhütet durch die Art, wie die Regierung sich teilnahmslos gegen alles verhält, was von der Kriegswirtschaft gegen das Volk ausgesonnen wird. Es dürfte nicht so weit kommen, daß wir verschiedene Artikel nicht kaufen können, weil ihre Preise unerschwinglich sind. Wenn unsere Kollegen sehen, wie ein Teil des Volkes noch mit vielem versehen ist, was wir nur dem Namen nach kennen, wenn sie mit Löhnen zufrieden sein müssen, die nicht hin- und nicht herlangen, wenn sie sehen, daß auch gegen so kleine Reformen wie das Arbeitskammergesetz, das Wahlrecht Sturm gelaufen wird, dann kann man sich über diese Unzufriedenheit nicht wundern.

Anschließend, wir wiederholen, gibt es Leute, die sich richtig freuen würden, wenn das Volk die Geißel verliert, weil die Haltung der Arbeiterschaft gar nicht in ihre reaktionären Pläne paßt, die deshalb alles daransetzen, um durch ihre Nadelstichpolitik Abstimmung herbeizurufen. Bereits rührt sich der Reichsverband, schon erheben die Gelben ihre Köpfe, neuerdings der Bund der Kaiserfreuen, und die Unternehmerpresse lobt wie ein bissiger Hund, der vorläufig noch von den Kriegsämtern einen Maulkorb vorgehängt bekommt. Überall finden die rückständigsten Elemente wieder Gassen, die sie in unser Fleisch bohren. Erst wird solange gehetzt und gestochert, bis die Arbeiterschaft um sich haut, dann triumphiert das reaktionäre Geindel: So, jetzt ist die Arbeiterschaft wieder reif für unsere Zuchtstrafe — bisher war es bloß Verstellung.

Es wäre sehr verkehrt, wenn wir unsere Ruhe verliören, damit würden wir nur die Geschäfte dieser Herrschaften besorgen. Uns selbst könnte jetzt die Welle der Empörung wenig nützen, unseren Gegenübern, die alle Zeitstrahlen für sich haben, aber wäre es ein Genug, uns zu Paaren zu treiben.

Nein, wir warten unsere Zeit ab, dann gibt es einmal eine gründliche Reinigung. Wir haben das Vertrauen zur Arbeiterschaft, daß sie die Rechnung ins Reine bringt, wenn sie die Zeit dafür gekommen hält. Unsere Gefinnungsfreunde kommen später wieder einmal zurück, sie werden dann gemeinsam mit uns den rechten Weg zu finden wissen.

Deshalb heißt es jetzt alle Kräfte sparen; wie eine große Umlagerung muß unsere Bewegung jetzt wirken, die Millionen Einzelkräfte auffaugt, um sie später in die richtigen Quellen zu leiten. Nicht versplittern, nicht in Kleinigkeiten zerstreuen, sondern groß und frei empfinden, um dann der Welt entgegenzutreten wie ein neuer Siegfried. Das soll unser Leuzifer sein!

**Arbeiterklasse und Ubergangswirtschaft.** Die „Arbeiterforderungen zur Ubergangswirtschaft“ sagt das „Korrespondenzblatt“ programmatisch dahin zusammen, daß die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und ihre politische Interessenvertretung mit aller Kraft wirken müssen:

1. die Sozialisierung der gesamten Wirtschaften fördernd,
2. den Einfluß der Arbeiter und Angestellten in Verwaltung und Aufsicht aller Wirtschaftsorgane sicherstellend,
3. die rechtliche und soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten ausgleichend,
4. den Arbeitersinn wesentlich fördernd und verbessernd und
5. die politischen Rechte des arbeitenden Volkes in Reich, Staat und Gemeinde erweiternd.

Die Richtlinien, namentlich der ausschlaggebende erste Punkt, entspringen der Erkenntnis, daß der Krieg die Periode des ungeheuren freien Spiels der Kräfte zum Abschluß gebracht hat. Der Staat hat, gezwungen durch die Verhältnisse, die Aufgaben eines Wirtschaftsamts übernommen, und die Entwicklung daher in geordneter Linie zur unmittelbaren Leitung der gesamten Wirtschaft durch den Staat. Dieser Wechsel der Wirtschaftsverhältnisse fiel zusammen mit einer grundlegenden Veränderung der Stellung der

Arbeiterklasse zum Staat. Wenn sozialdemokratische Reichstagsfraktionen und Leitung der Gewerkschaften seit Kriegsbeginn auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, so taten sie es in der Erkenntnis, daß das deutsche Volk einen Existenzkampf führte, daß es galt, dem Vernichtungswillen der vereinten Gegner die geschlossene Abwehrkraft des ganzen Volkes entgegenzusetzen, um Deutschlands militärische Niederwerfung, politische Zerstörung und wirtschaftliche Erdrosselung zu verhüten. Dem Staat, den man der Verteidigung und Erhaltung für wert erachtete, konnte man nicht länger ablehnend gegenüberstehen: an Stelle der bloß regierenden staatsstürzenden Politik mußte die staatsauf- und ausbauende Arbeit treten. Dieser Absicht entgegen kam die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat, die in der Zulassung des Deutschen Eisenbahnverbandes ihren klarsten Ausdruck fand. Die Forderungen für die Ubergangswirtschaft, welche dieser Gedankenrichtung entsprechen, wurden bereits im Jahre 1917 vor allen Gewerkschaftsrichtungen dem Reichstag unterbreitet. Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe erörterte sie eingehend und stimmte in Form von Resolutionen ihnen in wesentlichen zu. Insbesondere forderte der Reichstag die Demobilisierung aller Wehrpflichtigen, sobald das militärische Interesse sie gestattet, den Einstellungsdruck für die Kriegsgeschädigten, das Verbot der Anrechnung der Rente auf den Lohn, die reichsgefesliche Ordnung der Arbeitsvermittlung, auch für die Landwirtschaft, die Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln für Heeres- und Hilfsdienstpflichtigenkassen, endlich die Betanztziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten für die Fachausschüsse der Ubergangswirtschaft. Auf der anderen Seite setzte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lebhaft für die Bundesratsverordnung zur Ubergangswirtschaft, zunächst für den Organisationsplan der Textilindustrie, ein, während die Interessenten sich vielfach dagegen sträubten. Das bisherige Gesamtergebnis dieser Bemühungen um die Ubergangswirtschaft faßt C. Schumann dahin zusammen, daß vielversprechende Anfänge vorliegen und daß es vor allem gelungen sei, durchzusetzen, daß die Arbeitervertreter nicht auf die „reinen“ Arbeiterfragen beschränkt werden sollen; es wurde vielmehr anerkannt, daß jede Wirtschaftsfrage, Rohstoffbeschaffung, Raluta und alle Einzelheiten der Erzeugung die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in außerordentlich hohem Maße angeht. „Der deutsche Arbeiter weiß, welche Bedeutung die deutsche Industrie und der deutsche Weltmarkt für seine ganze fernere Existenz haben. Und deshalb will er mit tätiger Teilnahme am Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft, auf allen Gebieten als gleichberechtigter Faktor entsprechend seiner Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben.“

## ◆ Rundschau ◆

**Die Kartoffelration muß erhöht werden!** Auch bei unseren Kollegen werden gegenwärtig wieder recht lebhaft Klagen laut, daß die sieben Pfund Kartoffeln pro Woche vollständig ungenügend sind und schmerzhaft erwartet man vom Kriegsernährungsamt, daß es die Ration mindestens auf 10 Pfund heraufsetzt. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Kriegsernährungsamt nicht die Absicht, den geforderten Zuschlag eintreten zu lassen, es soll bei den sieben Pfund bleiben. Diese Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes, wenn es eine endgültige ist, wird recht herbe Enttäuschung und große Unzufriedenheit und berechtigte Entrüstung hervorgerufen. Die Berichte über den Stand der Spätkartoffeln lauten günstig, so daß anzunehmen ist, daß wir mit einer guten Ernte abzuschließen, zumal auch die Anbaufläche für Kartoffeln um ungefähr 200 000 Hektar geiegen ist. Es ist auch ganz unverständlich, wie das Kriegsernährungsamt die bisherige Zuteilung begründen will, da es für andere Lebensmittel eine weitere Kürzung angeordnet hat. Die Kartoffel bleibt wieder das einzige Nahrungsmittel, das uns Erzieht, wenn auch keinen vollwertigen, bringen muß. Wie stellt sich denn das Kriegsernährungsamt das Durchhalten vor? Brot bleibt unter der vorliegenden Verhältnisse schon recht mäßigen Ration, Fleisch gelangt einige Wochen überhaupt nicht zur Verteilung, sonst in gestürzter Ration, die Ausgabe von Nahrungsmitteln kommt nur noch ganz gelegentlich den Hausfrauen zur Kenntnis, und so allem eine ungenügende Zuteilung der Kartoffeln. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß nicht mehr gegeben werden kann. Die 47 Millionen Menschen in den Städten, die mit Kartoffeln zu versorgen sind, beanspruchen ein Jahresquantum von 12½ Millionen Tonnen Kartoffeln. Diese Versorgung muß in diesem Jahre möglich sein, vor allem muß die reichliche und rechtzeitige Winterversorgung der Verbraucher durchgeföhrt werden. Unsere Gesamternte hat in Kriegsjahren bis zu 50 Millionen Tonnen betragen, sie ist im Krieg in ungünstigen Jahren nicht unter 30 Millionen gesunken. Der

**Nächtliche Verbrauch** ist immer nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil des Gesamtverbrauchs, er kann und muß gedeckt werden. Die Anbaufrüchte, die in Preußen und anderen Bundesstaaten den Landwirten geboten werden, sollten doch die Auswärtigen auf eine bessere Versorgung der Bevölkerung eröffnen, oder sollen nimmehr die Städter wieder jeden Sonntag in das Land hinausplündern, um beim Landwirt die Abgabe von Kartoffeln zu erbetteln? Wir verlangen, daß vom Kriegsernährungsamt mehr Rücksicht auf die Notlage der Bevölkerung genommen wird.

**Alldeutsche Einflüsse auf die deutsche Regierung.** Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission hatte in seiner letzten Nummer zur Reform des deutschen Auslandsdienstes bemerkt, um bessere Erfolge der deutschen Diplomatie herbeizuführen, müsse man die deutsche Regierung dauernd von dem Einfluß der Alldeutschen befreien, die durch die Rauhheimentum hauptsächlich an Vaterland gegen Deutschland seien. Die „Deutsche Zeitung“ hatte darauf Auskunft gefordert, welchen Einfluß denn die Alldeutschen vor dem Krieg auf die deutsche Regierung gehabt hätten. Das „Korrespondenzblatt“ entgegnete jetzt, daß sich ja der Bund der Kaiserstreuen selbst gerühmt habe, Valentini und Mühlmann besetzt und den Verhandlungen in Breit-Litovsk eine Wendung zum Besseren gegeben zu haben. Sollten die hohen Würdenträger, die als Vorstand des Bundes der Kaiserstreuen zeichnen, nicht genügen, so möge sich die „Deutsche Zeitung“ vertrauensvoll an die Herren von der Vaterlandspartei wenden: an Herrn von Tirpitz, an den Generallandwirtschaftsminister Mapp, an den Grafen Eönhoff-Friedrichstein, an den Marsial im Königreich Preußen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. v. Plehwe, an den Obermarsial Freiherr v. Tettau Tolst und — alle diese Herren könnten Auskunft darüber geben, wie es kam, daß die Alldeutschen vor dem Kriege die wichtigsten Stellen im Staatsdienst besetzten und eine das politische Leben veräufende innerpolitische Reaktion fördern konnten. Demgegenüber hätten in England die Kingos gerade in den Jahren vor dem Kriege eine Reihe schwerer Niederlagen durch die Arbeiterpartei und die Liberalen zu erleiden gehabt.

**Arbeiterrecht und Völkergemeinschaft.** In der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht Graf Max von Montgelas eine Studie zu dem Buch des Professors Stefan Bauer „Völkergemeinschaft und Arbeiterrecht“, in der der Verfasser dafür eintritt, daß der Krieg wieder gemacht müsse, was er an der Macht des arbeitenden Volkes verbrochen habe, und daß der Neubau des Arbeiterrechts auf internationaler Grundlage erfolgen müsse. Graf von Montgelas kommt dabei zu folgendem Schlusse: Wenn der Völkergemeinschaft und die Gruppenarbeit nicht weiter bestehen bleiben, dann kommt der Wirtschaftskrieg, kommt der scharfe Konkurrenzkampf mit ungehörter Ausnutzung der Arbeitskräfte, mit Vorkrieg und — trotz aller Erfahrungen — mit Heberarbeit; dann droht vielleicht sogar Auswanderungsverbot und hässlicher Arbeitszwang. Das Interesse der Arbeiterklasse ist somit auch hier wieder mit dem der Gesamtheit untrennbar verbunden. Gerade um ihre eigenen berechtigten sozialen Forderungen verwirklicht zu sehen, müssen Arbeiter und Arbeiterführer ihre Vorstellungen auf einen Verbesserung und allgemeinen Frieden richten. Nur im Schutz des Weltfriedens kann die soziale Gerechtigkeit künftig weiter ausgebaut werden. Das Hauptanliegen muß auch für den Sozialpolitiker in erster Linie dahin gehen, politische Überbrücken für einen Sonderfrieden zu schaffen. Das ist ein Frieden, bei dem keine Nation, ob groß oder klein, politisch, militärisch oder wirtschaftlich geschwächt ist, ein Frieden, der es ein für allemal unmöglich macht, daß durch den Fortschritt einer Kriegserklärung an einem Tage das ganze Gebäude sozialen Fortschritts zerbröckelt zusammenstürzt. Das Generationen mühsam aufgebaut hatten.

**Die Frau des Urlaubers.**

Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag'  
 Muß er wieder von mir.  
 Der dumme, eilige Ahrensclag  
 Schlägt nirgends so schnell wie hier.  
 Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag'  
 Bin ich wieder allein  
 Mit unsern Kindern und der Frag':  
 Muß dieses Elend sein?  
 Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag'  
 Mein Herz ist dunkel und weint,  
 Da steht er wieder in arger Plag'  
 Und zielt auf den Feind.  
 Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag'  
 Reih'n sich los vier Händ',  
 Du lieber Gott im Himmel sag',  
 Wann hat der Krieg ein End'?

Alfons Debold.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

**Rudel, das Kapital, und anderes.** Von Ernst Preczang.  
 Von dem farbigen Titelblatt dieses neuesten, soeben erschienenen Bandes der Vorwärts-Bibliothek leuchtet uns ein rosiges Schweinchen entgegen; denn der Hauptheld der ersten, recht zeitgemäßen Geschichte ist ein Vorstienvieh namens Rudel, das einer armen Arbeiterfrau ein einziges Kapital bildet und mancherlei merkwürdigen Schicksal ausgesetzt ist, ehe es im Jenseits — dem Rauchfang und Pödelstall — landet. — An zweiter Stelle steht „Der Totpatsch“, die Erzählung von Kaspar, dem großblättrigen Schmiedegesellen, und Frieda, der zierlichen Stüderin, die wieder einmal zeigt, wie seltsame Wege die Liebe oft wandelt. — Den Beschluß bildet „Der Käsehof“, das satirische Charakterbild eines Berliner „Käsehebers“, der in den Wald geht, um sich zu erhängen, es dann aber vorzieht, dort eine Villenkolonie zu gründen, die ihm starke Vertreibungen bereitet, bis eine „glänzende Idee“ die letzte Keilung zum Strick überwindet. — In diesem unterhaltenden Buche, das namentlich auch unsere Feldbranten interessieren wird, vereinigen sich Zberz, Satire und jene tiefere Bedeutung, die wir auch von heiteren Darstellungen fordern müssen. Der Preis für das gebundene Buch beträgt 2 M. (Porto 20 Pf.) Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Die Stadtgemeinde Esenbach hat mit einer G. m. b. H., an der sie selbst beteiligt ist, einen Vertrag geschlossen zur gemeinsinnigen Beschaffung von Möbeln. Der Wortlaut dieses Vertrages ist in Nr. 34 der „Kommunalen Praxis“ abgedruckt. Der Vertrag ist für die Mitglieder gemeindlicher Verwaltungen von Bedeutung, weshalb wir besonders darauf hinweisen. Die „Kommunale Praxis“ erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin ZB. 68, und kostet vierteljährlich 4 M., einzelne Nummer 35 Pf.

Le Traducteur, Le Traducteur, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Blätter verfolgen den Zweck, dem jungen Deutschen, Franzosen, Italiener oder Engländer die Mittel in die Hand zu geben, sich eine gründliche und geübene Kenntnis in der zu erlernenden Sprache anzueignen. Sie enthalten neben einer größeren Erzählung eine reichliche Auswahl anderer trefflicher Bildungsmittel: Eine schöne Auswahl von Sprichwörtern, Gebichten, Uebersetzungsaufgaben, Vespreden, die so recht dem Leben angefaßt sind, Geschäftsbriefe, Briefe, Adressennachweise usw. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux de Fonds (Schweiz).

**Totenliste des Verbandes.**

- |   |   |
|---|---|
| <b>Edvard Boxleitner, München</b><br>Straßenbauarbeiter<br>† 17. 7. 1918, 39 Jahre alt. | <b>Wilhelm Fischer, Bremen</b><br>Arbeiter<br>† 24. 8. 1918, 52 Jahre alt.              |
| <b>Karl Wallweber, Ggling</b><br>Fleger<br>† 2. 9. 1918, 52 Jahre alt.                  | <b>Amalie Ang. Fränzel, Zwicken</b><br>Gartenarbeiterin<br>† 24. 8. 1918, 65 Jahre alt. |
| <b>Herm. Ehlers, Habenhausen</b><br>Arbeiter<br>† 2. 9. 1918, 72 Jahre alt.             | <b>Franz Huber, Rosenheim</b><br>Salinenarbeiter<br>† 26. 8. 1918, 52 Jahre alt.        |

**Emil Jakob, Zwicken**

Maurer  
† 27. 8. 1918, 66 Jahre alt.



**Opfer des Weltkrieges:**

- |  |  |
|--|--|
| <b>Diedrich Fickhoff, Bremen</b><br>am 23. Juli 1918 im Alter von 30 Jahren i. Lazarett gestorben. | <b>F. Hofmann, Frankfurt, M.</b><br>am 16. Juli 1918 im Alter von 41 Jahren gefallen.                |
| <b>Joseph Fischer, München</b><br>am 22. August 1918 im Alter von 36 Jahren gefallen.              | <b>Otto Sergerl, Kofok i. M.</b><br>am 29. August 1918 im Alter von 25 Jahren i. Lazarett gestorben. |
| <b>P. Hartmann, Frankfurt, M.</b><br>am 27. Mai 1918 im Alter von 33 Jahren gefallen.              | <b>Herm. Ohmann, Halle a. S.</b><br>am 26. Mai 1918 im Alter von 34 Jahren gefallen.                 |
| <b>Max Härtl, München</b><br>am 15. Juli 1918 im Alter von 29 Jahren gefallen.                     | <b>K. Werthmann, Frankf., M.</b><br>am 28. August 1918 im Alter von 18 Jahren gefallen.              |

Chre ihrem Andenken!